

Editorial

Die Branche in der Krise –
Yoga ist keine LösungSABINE LÜTHI, CHEFREDAKTORIN
sabine.luethi@htr.ch

Es ist, wie es ist. Kommen wir so am besten durch die Krise? Nein, für sehr viele in der Branche ist diese Haltung keine Option, sie wirkt nur zynisch. Viele können sie sich auch ökonomisch gar nicht leisten. In einem Tweet hat Stand-up-Comedian Hazel Brugger einmal geschrieben: «Das Glas ist halb voll ... mit Scheisse.» Wie wahr! Genau so muss sich die Situation für viele Gastronominnen, Hoteliers und Seilbahnchefs zurzeit anfühlen.

Der Zürcher Psychoanalytiker Peter Schneider sagt im Interview mit der htr hotel revue (Seite 11), dass Pleitemachen oder schon nur die Aussicht darauf an die Substanz gehe. Unvorhersehbare Existenzängste belasten plötzlich Vertreter der Branche, «die Pandemie hat die Leute kalt erwischt», sagt Schneider. Da würden auch «nette Psychotipps» nicht mehr helfen.

Wer in einer handfesten ökonomischen Krise steckt, der braucht Lösungen. Vielleicht helfen auf dem Weg dorthin Yoga oder Waldspaziergänge. Aber am Schluss braucht es ganz einfach Geld, um Existenzen zu retten. Meine Kollegin Bernadette Bissig beschreibt den Fall von Mohamed Taha (Seite 3) und seinem Kapselhotel in Zürich. Sein Betrieb ist zu jung, als dass er Härtefallgelder erhalten würde. So geht es vielen – sie erfüllen die Bedingungen nicht, um rettende Gelder beziehen zu können. Es wird Zeit, dass der Bundesrat die Hürden senkt, damit auch Menschen wie Taha eine Zukunft haben und Verzweiflung und Druck etwas kleiner werden.

Gastkommentar

Ein Nein für die Vielfalt und Einheit

Nicole Brändle Schlegel von HotellerieSuisse ist überzeugt, dass mit der Verhüllungsinitiative Schweizer Werte nicht verteidigt, sondern beschnitten werden.

Ich bin stolz darauf, wie erfolgreich die Schweiz darin ist, auf kleinster Fläche so viele Kulturen, Sprachen, Lebens- und Denkweisen zu vereinen und zum eigenen Vorteil zu nutzen. Als kleines Land mit wenig Rohstoffen lernten unsere Vorfahren früh, wie wichtig internationale Vernetzung für den wirtschaftlichen Erfolg ist. Als Folge davon sind wir heute als offenes, vernetztes Land bekannt, das anderen Kulturen aufgeschlossen begegnet. Diese Eigenschaften sind Teil unserer DNA und wirken sich auch auf die Art und Weise aus, wie wir als Beherbergungsbranche ausländische Gäste herzlich willkommen heissen.

Leider wird uns dies zurzeit mehrheitlich verwehrt. Die Nachfrage ausländischer Touristinnen und Touristen ist aufgrund der gegenwärtigen Krise dramatisch eingebrochen. Tag für Tag stehe ich mit verzweifelten Mitgliedern in Kontakt, die ums Überleben kämpfen. Sie können es kaum erwarten, endlich wieder Menschen aus der ganzen Welt empfangen zu dürfen. Dazu

gehört auch das wachsende Gästesegment aus den Golfstaaten. Für viele Hotels bereichert dieses Segment den Gästemix. Abhängigkeiten von preissensiblen europäischen Gästen werden reduziert. Für diese Hotels wäre eine Annahme der Initiative besonders schmerzhaft.

Dies ist einer der Gründe, weshalb wir uns im Tourismuskomitee «Nein zum Burkaverbot» gegen die Verhüllungsinitiative einsetzen. Die aktuellen Umfragewerte – wonach eine Mehrheit der Schweizer Bevölkerung ein solches Verbot gutheisst – lassen aufhorchen. Das bedeutet für uns, dass wir noch einiges an Arbeit leisten müssen. Im Rahmen unserer Kampagne zeigen wir auf, weshalb die Initiative schädlich für den Schweizer Tourismus ist.

Die Vorlage ist zudem unverhältnismässig und unnötig. Das Initiativkomitee geht davon aus,

dass Niqab-Trägerinnen zum Tragen dieses Kleidungsstücks gezwungen werden. In einer aktuellen Studie der Universität Luzern wird dies widerlegt: So hat Islamwissenschaftler Andreas Tunger-Zanetti herausgefunden, dass die allermeisten Frauen in Europa die Vollverschleierung aus eigenen Stücken wählen. Es ist nicht an mir, dies zu bewerten.

«Ein Verhüllungsverbot führt nicht zu mehr Gleichberechtigung zwischen Frau und Mann.»

Ein Verhüllungsverbot führt nicht zu mehr Gleichberechtigung zwischen Frau und Mann. Wegen 20 bis 30 in der Schweiz wohnhaften Niqab-Trägerinnen unsere Bundesverfassung ändern zu wollen, ist völlig absurd. Umso mehr, als genau diese Verfassung «Offenheit» und «gegenseitige Rücksichtnahme und Achtung ihrer Vielfalt in der Einheit» als wichtige Werte unserer gesellschaftlichen Ordnung festlegt. Diese liberalen Verfassungsrechte gilt es hochzuhalten. Ein Burkaverbot wird muslimische Frauen nicht freier machen. Sie wird aber unser

Image als offenes Land beschädigen, besonders in der muslimischen Welt. Die Initianten wollen uns glauben machen, dass mit dieser Initiative Schweizer Werte verteidigt werden. Genau das Gegenteil ist der Fall. Diese beschneidet die Werte unserer modernen Gesellschaft empfindlich.

Der Gegenvorschlag hingegen nimmt das Problem auf und sorgt dafür, dass im Gleichstellungsgesetz neue Möglichkeiten zur Förderung der Gleichstellung ergänzt werden. Während ich diese Zeilen verfasse, naht der 50. Jahrestag des Frauenstimmrechts in der Schweiz. Wer rund um diesen wichtigen Jahrestag etwas für Gleichstellung tun will, stimmt Nein zur Verhüllungsinitiative und Ja zum indirekten Gegenvorschlag.

Mehr zum Thema: Seite 14

Nicole Brändle Schlegel ist Leiterin Arbeit, Bildung, Politik bei HotellerieSuisse.



Aufgefallen

Ohne Nachweis eines
Negativ-Tests kein
Passieren der Grenze

Früher schauten die Zollbeamten ins Auto und fragten: «Etwas zu verzollen?» Heute kontrollieren sie den Nachweis eines negativen Corona-Tests wie hier in Bardonnex, an der schweizerisch-französischen Grenze. Europäische Länder planen bereits Privilegien für Geimpfte. Dänemark zum Beispiel will einen digitalen Ausweis mit Impfdaten einführen, um Dienstreisen zu erleichtern. Auch Schweden will die digitale Infrastruktur für einen Impfpass schaffen. Polen, Rumänien und Estland sind schon weiter: Hier gilt Einreisefreiheit für Geimpfte – ohne Testpflicht und Quarantäne. Erste Annäherungen gibt es auch schon gegenüber Nicht-EU-Staaten. So wollen Griechenland und Israel ihre Impfpässe ebenfalls gegenseitig anerkennen.

Keystone Salvatore Di Nolfi

Gastkommentar

Neue Modelle für die
Finanzierung sind gefragt

Die Schweizerische Gesellschaft für Hotelkredit will Betriebe nach der Krise mit speziellen Investitionsmodellen unterstützen.

Mindestens bis Ende Februar befindet sich die Schweiz wieder in einem (Teil-)Lockdown. Wie schon vor knapp einem Jahr. Also alles wie gehabt? Nein! Aber eines ist gleich: Hotels dürfen nach wie vor geöffnet haben, Gastrobetriebe sind geschlossen. Aber gerade der Tourismus lebt von der Bewegungsfreiheit der

Menschen. Wenn nicht gereist wird, bleiben auch die Hotelbetten unbenutzt.

Anders als in der Finanz- und Währungsperiode sind die Hotels in den Städten unmittelbar vom Ausbleiben der Gäste betroffen, zumal es kaum Ausweich- oder Diversifikationsmöglichkeiten

gibt. Immer mehr städtische Betriebe müssen ihre Türen schliessen. Die Ferien-, speziell die Berghotellerie, durfte sich im Sommer 2020 zwar vielerorts über eine hohe Nachfrage von einheimischen Gästen freuen. Das grosse Fragezeichen bleibt jedoch die laufende Wintersaison, die trotz Öffnung der Skigebiete mit grossen Unsicherheiten verbunden ist.

Welche Rolle spielt die Schweizerische Gesellschaft für Hotelkredit (SGH) im aktuellen Umfeld? Als eines der Förderinstrumente des Bundes verfolgt sie das Ziel, die Wettbewerbsfähigkeit und die Nachhaltigkeit der Beherbergungswirtschaft zu erhalten und zu verbessern. Dieser Auftrag ist somit mittel- bis langfristig ausgerichtet und fokussiert auf die Mitfinanzierung von Investitionen. Für die kurzfristige

Bewältigung der aktuellen Krise und die Sicherung der Liquidität hat der Bund, auch zusammen mit den Kantonen, verschiedene Instrumente (Kurzarbeitsmodelle, Covid-19-Darlehen und aktuell die Härtefallverordnung) eingesetzt. Die SGH hat sich ihrerseits auf ihre Darlehenskunden fokussiert und sowohl 2020 als auch 2021 Massnahmen wie vereinfachte Amortisationsstiefungen angeboten. Im Bereich der Beratung und des Wissenstransfers unterstützt sie die Hoteliers mit Einschätzungen und Empfehlungen.

Eine der grössten Herausforderungen in der aktuellen Krise ist es, trotz Umsatzverlusten und Fixkosten die nötige Liquidität bereitstellen zu können. Sollte im Verlaufe dieses oder des nächsten Jahres eine gewisse Normalität einkehren, werden auch

wieder Investitionen in Bauten, Produkte, Dienstleistungen, Märkte und Geschäftsmodelle erfolgen. Doch dazu müssen die Betriebe investitionsfähig sein. Hier könnte die SGH mit speziellen Finanzierungsmodellen Unterstützung bieten. Überlegungen dazu finden auch im Rahmen der Auslegeordnung zur Investitionsförderung statt. Entsprechende Untersuchungen hat das Seco bereits 2019 aufgenommen. Eine Arbeitsgruppe beurteilt mithilfe der Auslegeordnung verschiedene bestehende und alternative Investitionsförder- und Finanzierungsmodelle für den Tourismus. So soll klar werden, wo Anpassungsbedarf besteht, wie bestehende Instrumente aufeinander abgestimmt sind und wie die Förderung effizienter und effektiver gestaltet werden kann. Diese Erkenntnisse sind

die Grundlage für die Weiterentwicklung der SGH und der Tourismusförderung durch die Neue Regionalpolitik.

Mit ihrer Kompetenz in der Schweizer Beherbergungswirtschaft steht die Schweizerische Gesellschaft für Hotelkredit auch in der aktuellen Situation im Austausch mit der Branche, dem Seco, mit den Finanzierungspartnern und den kantonalen Ämtern. Damit kann sie die Anliegen der gesamten Branche direkt einbringen.

Peter Gloor ist Direktor der Schweizerischen Gesellschaft für Hotelkredit (SGH).

